#### SO DENKEN SIE DARÜBER

# "Politik und nicht Gesundheit steht im Vordergrund"

Leser diskutieren den Vorschlag des SPÖ-Vorsitzenden, Wahlärzte zu verpflichten, Patienten, die keinen Facharzttermin bekommen, zum Kassentarif zu behandeln.

"SPÖ stellt Modell vor", 18. 1., "45 Ärzte ringen um sechs neue Kassenstellen", 16. 1.

Herzlichen Dank an die SPÖ und Herrn Babler für den neuen geistigen Erguss des Parteivorsitzenden: Jedem sein Facharzt innerhalb von zwei Wochen, wenn nötig, mit staatlicher Verordnung ...

Allgemeinmediziner sind großteils hoch qualifizierte Fachärzte, die aus unterschiedlichen Gründen die Krankenhäuser verlassen haben und als Allgemeinmediziner tätig sind. Diese könnten einen Großteil der Facharztleistungen erbringen, leider wird das durch den antiquierten Leistungskatalog nicht abgegolten. Seit der Zusammenlegung der Gebietskassen zur ÖGK gibt es weder eine Leistungsharmonisierung noch eine Modernisierung des Leistungskataloges. Stattdessen werden 100 neue Kassenstellen gefördert, 100.000 Euro Startbonus, Tropfen auf heißen Steinen, öffentlich finanzierte Wahlwerbung.

Leider konnte unsere Standesvertretung das Gesundheitswesen nicht mitgestalten, da in den Kammern und Parteigremien die Politik und nicht die Gesundheit im Vordergrund steht. Die Basis darf zwar wählen, wird aber bei Kompetenzentscheidungen nicht berücksichtigt. Verbesserungen für Patienten können nur unter Einbeziehung der Leistungserbringer erfolgen, denn sie wissen um die Notwendigkeiten. Schriftliche Befragungen unter notarieller Aufarbeitung wären eine Möglichkeit. Personen, die etwa aus Gewerkschaften an Positionen kommen, für die sie nicht ausgebildet sind,

werden immer im parteipolitischen Sumpf stecken bleiben.

Niedergelassene Mediziner führen sozusagen auch Kleinunternehmen mit Angestellten, kennen sich folglich auch wirtschaftlich aus (Finanzierbarkeit). Schuster, bleibt bei euren Leisten! Lasst diejenigen arbeiten, die das können. Zum Wohle der Gesundheit.

## Dr. Armin Lassnig,

### **Ebenthal**

## **Wahlarzt-Bashing**

Eigentlich wollte ich bei der Nationalratswahl, aus diversen Gründen, jene Partei wählen, welche ursprünglich die Interessen der Arbeitnehmer:innen zu vertreten angab und für soziale Gerechtigkeit stand. Das populistische, sinnbefreite Wahlarzt-Bashing durch den Vorsitzenden Babler hat mich überzeugt: Diese Partei hat keinen Platz mehr für Ärzt:innen, die auch wirklich in ihrem Beruf arbeiten (es ist verständlich, wenn einige sich in politische Gremien, Pharmaindustrie etc. verabschieden). Meine persönliche Meinung ist auch, dass die Forderung nach "Zwangsarbeit" für Wahlärzt:innen möglicherweise nicht ganz verfassungskonform ist …

Es ist auch einfach unredlich, zu behaupten, dass 300 Interessent:innen für nicht besetzte Facharzt/Privatarzt-Stellen bereitstehen – in Kärnten sind derzeit lediglich zwei Stellen unbesetzt, und das weiß man bei der SPÖ auch. Möglicherweise liegt es doch an den unattraktiven Bedingungen des Kassenvertrages einerseits und der Bevölkerungspyramide andererseits?

Für konstruktive Diskussion bleibe ich offen.

#### Dr. Markus Gaugg,

#### Facharzt, St. Veit

#### Alle Menschen gleich?

Versuchen Sie einmal, einen Termin beim Facharzt zu erhalten! Wartezeiten von sechs Monaten sind an der Tagesordnung. Sollten Sie einen früheren

Termin benötigen, schlägt sich dieser in einer Privatarztpraxis mit 170 bis 370 Euro zu Buche, das kann sich eine Familie nicht leisten. Wie soll das weitergehen? Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf, können sich bald nur mehr Menschen mit Geld eine rasche Behandlung bei einem Facharzt leisten?

Hier muss die Politik sofort handeln und Gesetze erlassen, damit allen Menschen ein gleichwertiges Gesundheitssystem zur Verfügung steht. Hier muss sofort eingegriffen werden. Haben nicht die Ärzte irgendwann einen Eid abgelegt, nach dem für sie alle Menschen gleich sind und allen gleichwertig geholfen werden sollte? Was ist aus diesem Eid geworden?

## Viktor Zenz,

### Pirching am Traubenberg

#### Lehramtsstudium

# "Macht eine Verkürzung die

## Lehrerausbildung besser?", 14. 1.

Nur so zum Nachdenken: Wäre ich ein Student, der im Begriffe ist, sein Lehramtsstudium erfolgreich zu beenden, und jetzt erfährt, dass es in Zukunft möglich sein wird, es um ein Jahr – ohne Qualitätsverlust früher abschließen zu können, also ein attraktiviertes Studium, wie Herr Polaschek es bezeichnet, ich wäre mehr als angefressen. Mit einem Wort, 60 ECTS-Punkte (das sind umgerechnet 1500 Realstunden) waren hinsichtlich der Qualität des Studiums also unwichtig. Hier tun sich schon Fragen auf. Waren diese 60 Punkte nur eine Schikane, unnötige "Orchideen-Lehrveranstaltungen", waren sie das Ergebnis eines übereifrigen Unterrichtsministeriums? Wer hat das zu verantworten, dass man in Österreich im Vergleich zu den anderen Staaten Europas überdurchschnittlich lange studieren musste.

Gibt es wenigstens irgendeinen Benachteiligungsausgleich, zum Beispiel in Form eines besseren oder schnelleren Fixvertrages oder eine bessere Anrechnung des Verlustjahres für die Pension? Ich denke, hier wäre etwas Kreativität gefragt. Außerdem sind diese unverschuldet länger Studierenden auch Wählerinnen und Wähler. Es wäre doch schade um diese Stimmen, Herr Minister, oder?

Mag. Karl Oberwanger,

Klagenfurt

## Grundversorgung

Chefpresso "Können nicht alles alleine stemmen", 14. 1.

Da läuft doch etwas gewaltig schief im Staate Österreich. Die Landes- und Städtestromversorger verrechnen ihren Abnehmern immens erhöhte Preise, die weit über der Teuerungsrate liegen, und lukrieren daraus Gewinne, die schon unseriös sind und im Ausland veranlagt werden. Von den Gesellschaften kann mit derzeitigem Recht argumentiert werden, dass eine Aktiengesellschaft auf Gewinn hin arbeiten muss. Aber dass ein Stromgrundversorger eine AG sein darf und diese trotz Gratis-Primärenergie (Wasser) die Kunden abzockt, dagegen kann nur die Regierung (mit Parlament) etwas machen. Wenn man "Übergewinne" einer AG abschöpfen kann, dann muss es auch möglich sein, vorher einzugreifen, um diesen Unsinn abzustellen. Aktiengesetz und Markt (Interviews der Kleinen Zeitung mit LR Gruber, Dir. Draxler und LH Kaiser) verhindern eine mögliche Strompreisreduktion. Das kann doch nicht sein, dass Aktiengesetz über Grundversorgung gestellt wird!

Ing. Siegfried Lobnig,

**Viktring** 

Schreckgespenst

Interview "Eine Dreierkoalition ist für mich kein

Schreckgespenst", 19. 1.

Eine Dreierkoalition ist für Vizekanzler Kogler kein Schreckgespenst – aber für das österreichische Volk schon.

Elmar Mönius,

# **Bodensdorf**